

Wilfried Schubarth

Pädagogik gegen Rechts

Möglichkeiten des Umgangs mit Rechtsextremismus in Schule und Jugendarbeit

Im Herbst 2001 jährten sich die Ereignisse von Hoyerswerda zum zehnten Mal, als mit den gewalttätigen Übergriffen auf ein Asylbewerberwohnheim eine bis dahin in der Bundesrepublik nicht gekannte Welle fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland eingeleitet wurde, die – wenngleich mit unterschiedlicher Intensität – bis in die Gegenwart hineinreicht. Seit Hoyerswerda wurden rechtsextremes Denken und Handeln wieder „salonfähig“, so dass in einigen Orten „Zonen der Angst“ entstehen und die rechtsextreme Kultur unter Teilen der Jugendlichen zur dominierende Alltagskultur werden konnte. Seit Hoyerswerda wird aber auch immer wieder die Forderung laut, den Rechtsextremismus stärker zu bekämpfen – zuletzt während der großen Rechtsextremismus-Debatte im Sommer 2000.

Im vorliegenden Beitrag sollen – ausgehend von den regelmäßigen Mediendebatten zum Thema „Rechtsextremismus“ – die pädagogischen Möglichkeiten des Umgangs mit rechtsorientierten Jugendlichen in Schule und Jugendarbeit skizziert werden, wobei auch auf mögliche Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern eingegangen werden soll.

„Rechtsextremismus“ in der Medienöffentlichkeit

Die Rolle der Medien bei der Berichterstattung über den Rechtsextremismus ist durchaus als ambivalent anzusehen. Einerseits leisten sie eine wichtige Aufklärungs- und Informationsarbeit, indem sie über rechtsextreme Vorfälle, Tendenzen, Hintergründe usw. berichten, andererseits bedienen sich Teile der Medien des Themas auch, um es für ihre eigenen Interessen zu nutzen und hohe Verkaufquoten zu erreichen. Letzteres führt u. a. dazu, dass die Gewalttaten und die Täter im Vordergrund stehen, während die Ursachen, die Opfer sowie die alltägliche Präventionsarbeit zu kurz kommen. Nicht auszuschließen ist auch, dass durch eine massive öffentliche Berichterstattung Nachahmungstaten gefördert werden. Mit dem Thema „Rechtsextremismus“, z. B. mit spektakulären Gewaltfällen oder Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, meinen viele Medienvertreter, die

Aufmerksamkeit ihrer Rezipienten leichter erringen zu können. Solche medienspezifischen Faktoren lassen „Rechtsextremismus“ zu einem bevorzugten Thema der Massenmedien werden, was sich im regelmäßigen, konjunkturellen Aufgreifen des Themas widerspiegelt.

So war die letzte große Rechtsextremismus-Debatte vom Sommer 2000 bereits die dritte ihrer Art in den vergangenen zehn Jahren. Die erste große Debatte wurde Anfang der neunziger durch eine Serie gewalttätiger Überfälle auf Asylbewerberwohnheime ausgelöst. Schwerpunkte der damaligen Diskussion waren die qualitativ neuen Formen der rechtsextremen Gewalt, der Konflikt um die Asylfrage, die Suche nach den Ursachen und nach Bearbeitungsmöglichkeiten. Die öffentliche Diskussion bewirkte nicht nur eine intensive Beschäftigung mit dem Thema seitens der Wissenschaft, sondern auch eine stärkere pädagogische Hinwendung zu den gefährdeten Jugendlichen – unterstützt durch Sonderprogramme des Bundes und der Länder (vgl. z. B. BUTTERWEGGE 1996, FALTER/ JASCHKE/ WINKLER 1996, MÖLLER/ SCHIELE 1996, SCHNEIDER 1998, DÜNKEL/ GENG 1999, SCHUBARTH 2000, SCHUBARTH/ STÖSS 2001). Die zweite größere Rechtsextremismus-Debatte setzte mit dem spektakulären Erfolg der rechtsextremen DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 1998 ein und war geprägt durch solche Themenschwerpunkte wie der wachsende Zulauf Jugendlicher zu rechtsextremen Parteien, die Schaffung „national befreiter Zonen“, die Verbreitung „rechter Kameradschaften“ und „rechter Musik“, kurz: die Etablierung einer „rechtsextremen jugendlichen Alltagskultur“ besonders in Ostdeutschland. Neben der „Ostlastigkeit“ war für diese Debatte kennzeichnend, dass – im Unterschied zur Diskussion Anfang der neunziger Jahre – die Politik kaum Notiz von ihr nahm. Über mögliche Gegenstrategien wurde nicht (mehr) debattiert, pädagogische Projekte mussten um ihre Existenz kämpfen. Diese Unterschätzung des Rechtsextremismusproblems seitens der Politik in den vergangenen Jahren erklärt auch, warum die neuerliche Diskussion, so hilflos geführt wird, als hätte es die Diskussionen in den Jahren zuvor nicht gegeben. Geblieben ist in den neuerlichen Diskussionen der Themenschwerpunkt „ostdeutsche Jugend“,¹ geblieben ist auch

¹ Nicht wenige Bürger in den ostdeutschen Bundesländern vermuten, dass die Berichterstattung über den Rechtsextremismus – durch in der Regel westdeutsche Journalisten – einseitig, asymmetrisch sei und die Ostdeutschen zu Unrecht in ein schlechtes Licht rücken würde. Hier können nur entsprechende Studien über die Medienberichterstattung mehr Klarheit schaffen.

der geringe Stellenwert, dem der pädagogischen Arbeit beigemessen wird. Weitere Schwerpunkte der neuerlichen Debatte sind: der mögliche Ansehensverlust für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland, die Gefahren der Verbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus durch das Internet, die Bekämpfung des Rechtsextremismus durch verstärkte Repression, vor allem durch Polizei und Justiz, ein mögliches Verbot der NPD sowie moralische Appelle an die Bürger.²

Angesichts der Komplexität des Phänomens „Rechtsextremismus“ erscheint diese Debatte reichlich verkürzt. Zu einer sachliche Debatte könnte es dann kommen, wenn – bei Zurückstellung parteitaktischen und populistischen Kalküls – die Diskussionen weniger durch Konjunkturen, Rhetorik und Rituale, sondern mehr durch Kontinuität und Kontinuitätsbewusstsein bestimmt wären. Dies würde auch die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der Bemühungen gegen Rechtsextremismus erhöhen.³

Pädagogische Arbeit als notwendiger Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Strategien

Ähnlich wie die gesamte Rechtsextremismus-Debatte unterliegt auch die pädagogische Arbeit und die ihr zugeschriebene Funktion beim Umgang mit Rechtsextremismus bestimmten Konjunkturen und Modewellen. Ihre gesellschaftlich zuerkannte Rolle schwankt dabei zwischen Über- und Unterschätzung, zwischen „Allheilmittel“ und „wirkungslosem Mittel“. Während noch zu Anfang der neunziger Jahre in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen ein Schwerpunkt des Umgangs mit Rechtsextremismus gesehen wurde und entsprechende (Modell-)Projekte initiiert und gefördert wurden, sind seither *Tendenzen der Abwertung und Ignoranz gegenüber der Pädagogik* in der

² Beispielhaft seien folgende Schlagzeilen vom Sommer letzten Jahres angeführt: „Wirtschaft warnt vor Ansehensverlust durch rechtsextreme Gewalt“ (DIE WELT 2.8.2000), „Flüchtet jetzt das Kapital?“ (WELT am SONNTAG 6.8. 2000), „...dann können wir hier dichtmachen“. Der ostdeutschen High-Tech-Branche droht das Aus, weil Neonazis ausländische Spitzenkräfte terrorisieren“ (STERN 32/2000), „Internet – Freiraum für Rechtsextremismus“ (Frankfurter Rundschau 2.8.2000), „;Jetzt sind Macher gefragt“. Die Bombe von Düsseldorf wurde als neue Qualität der Gewalt empfunden. Jetzt suchen Politiker und Polizisten nach wirksamen Rezepten gegen den braunen Terror. Es soll nicht länger bei Appellen bleiben - der Staat will sich sein Gewaltmonopol von der Straße zurückholen“ (SPIEGEL 32/2000), „Politiker rufen zu verstärktem Kampf gegen Rechtsextremismus auf. ‚Die Mehrheit darf nicht länger schweigen‘“ (Süddeutsche Zeitung 31.7.2000).

³ Vgl. die Kritik an der neuerlichen Debatte, z. B. in der „Frankfurter Rundschau“: „ ‚Aufgeregtes Gequatsche hilft nicht gegen Rassisten.‘ Der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz fordert kontinuierliche Aufklärung statt momentaner Aufregung“ (1.8.2000); „eine woche medienterror. Mit Berichten über Rechtsradikale stopfen die Fernsehsender das Sommerloch. Sobald die Quoten sinken, wird das Thema vom Bildschirm verschwinden, fürchtet Fritz Eckenga (18.8.2000); „Beim Thema Rechtsradikalismus darf es keinen Stichflammeffekt geben. Der DJI-Vorsitzende Siegfried Weischenberg über Reaktionen der Medien auf die neue Welle rechter Gewalt“ (12.8.2000).

gesellschaftlichen Diskussion um Rechtsextremismus zu beobachten.

Das hat mehrere Gründe: Zum einen sind diese im Wesen pädagogischer Prozesse zu suchen, die mit Unsicherheit und Risiko einhergehen. Konkrete Wirkungen und Erfolge sind in der pädagogischen Arbeit nur schwer messbar. Versprechungen, rechtsextreme Jugendliche könnten durch pädagogische Intervention möglichst rasch wieder in die Gesellschaft integriert werden, lassen sich deshalb nicht einlösen. Solche unrealistischen Erwartungen haben möglicherweise zum Ansehensverlust der Pädagogik beigetragen. Zu berücksichtigen ist auch, dass gelingende pädagogische Arbeit vor allem Langfristigkeit und Kontinuität voraussetzt, was durch die chronische finanzielle Unterversorgung der Jugendarbeit kaum möglich ist. Schulische wie außerschulische erzieherische Arbeit leidet vielmehr häufig an Zeitknappheit, Diskontinuität und mangelnder Professionalität. Mit ABM-Kräften, die gerade im Osten einen erheblichen Anteil der Jugendarbeit leisten, oder Lehrer/innen, die sich als bloße Wissensvermittler verstehen, ist jedoch keine wirksame pädagogische Arbeit zu machen – schon gar nicht, wenn es sich um rechtsextreme Jugendliche handelt.

Die in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachte Kritik, Pädagogen seien bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen schlichtweg überfordert und betrieben gar „Glatzenpflege auf Staatskosten“, übersieht nicht nur die vielen positiven Beispiele; sie verkennt vor allem, dass Pädagogik als Teil der Gesellschaft an gesellschaftliche Unterstützung gebunden ist, die ihr in vielen Fällen nicht ausreichend gewährt wird. Sie übersieht ebenfalls, dass pädagogische Arbeit auch Grenzen hat. Diese liegen insbesondere dort, wo politische, ökonomische und soziale Faktoren die pädagogischen Einflussmöglichkeiten stark einengen. Damit soll kritikwürdiges Verhalten mancher Lehrer/in und Sozialarbeiter/in, die die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen scheuen oder gar mit ihnen sympathisieren, nicht entschuldigt oder verharmlost werden. Vielmehr soll der Blick auf Versäumnisse in der Aus- und Fortbildung der Pädagog/innen sowie auf Defizite in der politischen Kultur gelenkt werden. Hier besteht gerade für die *neuen Bundesländern* ein großer Nachholbedarf, z.B. bei der Frage der Professionalität der Jugendarbeit, des Stellenwertes der Demokratie- und Werteerziehung, bei Fragen der Vorbildrolle der ostdeutschen Politiker und Eliten, des Entwicklungsstandes der Zivilgesellschaft usw. Dies alles sind auch Ursachen dafür, dass dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland offenkundig zu wenig Widerstand

entgegengebracht wird. Für Ost wie für West gleichermaßen gilt, dass pädagogisches Handeln *alleine* nur wenig bewirken kann und nur *ein* Element der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darstellt. Eine Gesamtstrategie muss auch solche Bereiche einbeziehen, wie den ökonomisch-sozialen und den politischen Bereich, den Polizei- und Justizbereich, den kommunalen und regionalen Bereich.

Pädagogische Konzepte als Teil einer Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus zielen auf unterschiedliche Adressatengruppen. Man kann mindestens vier Zielgruppen unterscheiden, die jeweils spezifische Zugänge erfordern, wobei die Übergänge zwischen den Gruppen fließend sind. Auch Prävention und Intervention liegen mitunter dicht beieinander und gehen ineinander über (vgl. z. B. KRAFELD/ MÖLLER/ MÜLLER 1993, LUKAS U.A., VAHSEN U.A. 1994, MÖLLER/ SCHIELE 1996, WEIDNER/ KILB/ KREFT 1997, BÜTTNER 1999, WIDMANN/ ERB/ BENZ 1999, SCHUBARTH/ STÖSS 2001):

1. Pädagogische Arbeit mit sogenannten „Normaljugendlichen“: Durch die Förderung von Toleranz und Demokratiefähigkeit wird rechtsextremem Denken und Verhalten vorgebeugt. Diese Arbeitsformen, die der *primären Prävention* entsprechen, bildet eindeutig den Schwerpunkt schulischer und außerschulischer Arbeit gegen Rechtsextremismus.
2. Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ohne feste Cliquenbindung: Durch aktive Einbeziehung in verschiedene Formen der schulischen wie außerschulischen Jugendarbeit, insbesondere durch die Ermöglichung prosozialer Erfahrungen, aber auch durch gezielte Aufklärungsarbeit kann der Verfestigung rechtsextremer Haltungen entgegengewirkt und die Entwicklung demokratischer Denkweisen gefördert werden. Neben der primären Prävention, also der allgemeinen Kompetenzförderung, ist hier auch *sekundäre Prävention* angezeigt, d. h. kontext- und individuumsbezogene Maßnahmen (z. B. sport-, abenteuer- oder erlebnispädagogische Ansätze, gezielte Jungenarbeit).
3. Pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Cliquen: Die Arbeit mit diesen Gruppen ist ein sensibles Feld, da die Gruppen in eine offene Arbeit mit anderen Jugendlichen nur schwer zu integrieren sind. Hier helfen meist nur spezielle sozialpädagogische Konzepte weiter, z.B. das der „Akzeptierenden Jugendarbeit“ oder das des konfrontativen Ansatzes („Anti-Aggressivitäts-Training“). Gefragt sind

neben der sekundären Prävention auch *Formen der tertiären Prävention*, d. h. korrektiv-personale Interventionen, die durch spezielle Trainingsprogramme oder Verfahren (z.B. Täter-Opfer-Ausgleich) Verhaltensmodifikationen bewirken können.

4. Arbeit mit Jugendlichen in rechtsextremen Kameradschaften bzw. Organisationen: Hier stößt die pädagogische Arbeit schnell auf Grenzen. Die Möglichkeiten sozialpädagogischen Handelns bleiben hier auf die Beratung und Begleitung von Aussteigern beschränkt.

Schulische Konzepte gegen Rechtsextremismus

Die Rechtsextremismus-Debatten der letzten Jahre haben die Suche nach pädagogischen Präventions- und Interventionskonzepten intensiviert. Mit Blick auf die *Institution Schule* wurde deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer durchaus Möglichkeiten besitzen, etwas gegen Rechtsextremismus zu tun, dass diese mitunter aber noch nicht genügend genutzt werden. Die schulischen Möglichkeiten liegen vorrangig im präventiven Bereich, indem dem sozialen, demokratischen und interkulturellen Lernen im Schulalltag gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. So lassen sich für die schulische Präventionsarbeit vor allem folgende *unterrichts- und schulspezifische Handlungskonzepte* herausstellen:

- a) *Erfahrungslernen in einer demokratischen Schulkultur*: Durch die Einbeziehung der Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht lernen Kinder und Jugendliche, Verantwortung zu übernehmen, andere Meinungen zu achten, Kompromisse zu schließen und gewaltfreie Konfliktlösungen zu finden. Dazu dienen auch spezielle Programme zum sozialen Lernen oder zur Streitschlichtung (vgl. SIMSA/ SCHUBARTH 2001).
- b) *Förderung politischer und ethischer Urteilsfähigkeit*: Politische Aufklärungsarbeit ist eine der Hauptaufgaben der Schule. Diese darf sich jedoch nicht in Belehrungen erschöpfen, vielmehr muss Schule selbst zum demokratischen politischen Handeln in der Schule und in deren Umfeld anregen. Hierzu können die verschiedenen Fächer, aber auch die Projektarbeit, internationale Kontakte und das Schulleben insgesamt viel beitragen.
- c) *Immunisierende Einsichten vermitteln*: Die Vermittlung von Einsichten und

Erkenntnisse über Gesellschaft und Politik können immunisierend wirken bzw. bei rechtsorientierten Jugendlichen kognitive Dissonanzen stiften.

- d) *Interkulturelles Lernen fördern:* Schule kann dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Kulturen gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Die Palette der Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit ist vielfältig und reicht von der Beschäftigung mit anderen Ländern im Unterricht bis zur Verleihung des Prädikats „Schule ohne Rassismus“.
- e) *Mit rechtsorientierten Schülern im Gespräch bleiben, Widerpart sein:* Verweigerung von Gesprächsbereitschaft führt zur Verfestigung des rechtsextremen Weltbildes. Gesprächsbereitschaft heißt aber nicht Nachgiebigkeit in der Sache. Lehrer müssen vorleben, wie Konfrontation in der Sache mit persönlichem Respekt vereinbar sind.
- f) *Das Sozialklima und die Lernkultur entwickeln:* Dadurch werden die Gemeinschaft gefördert und soziale Bindungen hergestellt. Dazu bedarf es der Entwicklung sozialer Kompetenzen sowohl bei Schülern als auch bei Lehrern. Differenzierte Arrangements für Lernen und Erfahrung können überhöhten Leistungsdruck vermeiden helfen und Ausgrenzungen sowie Schulversagen verhindern

Außerschulische Konzepte gegen Rechtsextremismus

Über die Möglichkeiten der außerschulischen Jugendarbeit beim Umgang mit Rechtsextremismus wurde in den letzten Jahren immer wieder kontrovers diskutiert. Die Diskussion entzündete sich besonders an der „*Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen*“. Kritikpunkte waren vor allem die geringe Wirksamkeit dieser Arbeit sowie die möglichen Folgen einer „Sozialpädagogisierung“ des Rechtsextremismus-Problems. Pädagogik könne politisches Handeln nicht ersetzen und dürfe sich von der Politik nicht instrumentalisieren lassen. Notwendig sei vielmehr eine Politisierung des Problems. Neben diesen Kritiken gab es auch Positionen, die jede pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen ablehnten und vorrangig auf repressive Maßnahmen setzten – Positionen, die auch gegenwärtig wieder stärker Fuß zu fassen scheinen.

Ähnlich wie im schulischen Bereich wurden in den zurückliegenden Jahren auch in der *außerschulischen Jugendarbeit* vielfältige pädagogische Konzepte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt erarbeitet und erprobt. So hat sich in den neunziger Jahren eine Art „realistische Wende“ dergestalt vollzogen, dass Jugendarbeit nicht länger *gegen* solche Jugendliche, sondern *mit* ihnen betrieben wurde. Damit konnte die vormalige Hilflosigkeit im Umgang mit rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen zumindest teilweise überwunden werden. So bildete sich eine Vielfalt innovativer Konzepte und eine bunte Projektpraxis heraus, die auf unterschiedlichen Methodenansätze der sozialen Arbeit beruht. Solche Ansätze sind z.B. die Orientierung an der Lebenswelt Jugendlicher, die Aufwertung der mobilen, bedürfnisorientierten Jugendarbeit, geschlechtsreflektierende Ansätze, die Neubelebung der Werte-Diskussion, Ansätze der Vernetzung von Schule, Erwachsenenbildung, Justiz, Bewährungshilfe und Polizei usw. (vgl. MÖLLER 1996: 159ff). Diese positiven Ansätze wurden allerdings dadurch stark behindert, dass aufgrund mangelnder Kontinuität und finanzieller Probleme ein Teil der entstandenen Projekt wieder verschwand bzw. immer wieder gefährdet ist. Zudem ist angesichts der neuerlichen Diskussion nicht auszuschließen, dass sich bei der Bearbeitung von Rechtsextremismus die Gewichte wieder von der Jugendhilfe zur Polizei und Justiz zurückverlagern, was die Möglichkeiten der Jugendarbeit weiter einschränken würde. Auf die vergangenen Jahre zurückblickend wird jedoch augenfällig, dass wir keinen Abbau der Jugendarbeit, sondern vielmehr eine *Offensive der Jugendarbeit*, einschließlich der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, brauchen. Dabei lässt sich auf folgenden Handlungskonzepten der außerschulischen Jugendarbeit aufbauen (vgl. SCHNEIDER 1998, VAHSEN 1994):

- *Niedrigschwelle Arbeitsformen*: Die Niedrigschwelligkeit der Angebote und die Orientierung an der Lebenswelt der Jugendlichen ist besonders in der Phase des Zugang zu den betreffenden Kindern und Jugendlichen wichtig. Im Mittelpunkt steht hierbei das Verständnis für deren Situation, das „Akzeptieren“ und „Annehmen“, das „Einfach-da-sein und Zuhören-Können“, was aber nicht heißt, dass die Einstellungen und Haltungen der Jugendlichen gutgeheißen werden.
- *Beziehungs- und erfahrungsorientierte Arbeit*: Aufgrund der Individualisierungstendenzen wird die beziehungsorientierte Jugendarbeit immer wichtiger. Gleichzeitig muss durch die Entstrukturierung der Lebensverläufe jeder

Einzelne sein Leben in einem Prozess der Verarbeitung eigener Erfahrungen und der ständiger Weiterentwicklung eigener Handlungskompetenzen selbst gestalten. Dazu braucht der Heranwachsende Hilfe und Beratung. Wichtig ist, dass der Sozialpädagoge bzw. Sozialarbeiter dabei als authentische Person mit eigenen Erfahrungen, Überzeugungen, Vorlieben, Gefühlen, Ängsten usw. auftritt. Weniger sachbezogene Überzeugungsarbeit als vielmehr personale Begegnung und Kommunikation stehen im Vordergrund. Durch den Aufbau einer Vertrauensbasis wird pädagogische Arbeit erst ermöglicht.

- *Cliquenorientierte Arbeit:* Cliques gewinnen aufgrund veränderter Bedingungen des Aufwachsens als selbstgeschaffene Bezugssysteme für Jugendliche zunehmend an Bedeutung. Sozialpädagogische Arbeit will darauf hinwirken, die positiven Elemente in den Cliques (z. B. Gemeinschaftssinn, Solidarität) zu fördern und die devianten Tendenzen zurückzudrängen. Zugleich bedeutet soziale Arbeit mit Jugendlichen auch, den Umgang der Gesellschaft mit Jugend kritisch zu reflektieren und politische Einmischung zu praktizieren.
- *Sozialräumlich ausgerichtete Arbeit:* In einer zunehmend urbanisierten Lebensumwelt wird es für Kinder und Jugendlichen, besonders in den Großstädten, immer schwieriger, soziale Räume, Territorien und Plätze zu finden, in denen sie sich ungestört aufhalten können. Eine wichtige Forderung der (sozial-)pädagogischen Jugendarbeit ist es deshalb, die sozialräumlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ernst zu nehmen.
- *Beteiligungsorientierte Arbeit:* Im Alltag von Kindern und Jugendlichen wird dem Bedürfnis nach Mitsprache und Mitbestimmung meist zu wenig entsprochen. Vielmehr dominieren Reglementierung und Anpassung. Eine Folge dieser Defizite können gewaltsame Artikulationsformen sein.
- *Infrastrukturelle Arbeit:* Dieser lebensweltorientierte Handlungsansatz setzt auf die offensive Einmischung in die Lebensverhältnisse der Jugendliche. Dabei geht es z. B. um Probleme der Ausbildung, des Wohnens, der Existenzsicherung, um Fragen der Identitätsbildung, der Entwicklung sozial befriedigender sozialer Beziehungen usw. Eine solche infrastrukturelle Arbeit ist gerade für Jugendliche in den neuen Bundesländern nach dem Wegfall des umfassenden staatlichen Betreuungssystems von großer Bedeutung.
- *Gemeinwesenorientierte Zugänge:* Ausgehend vom Konzept der „offenen Milieubildung“ und dem Ansatz der Lebensbewältigung haben sich – vor allem im

Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt (AgAG) – gemeinwesenorientierte Arbeitsformen entwickelt. Diese Formen des Zusammenwirkens unterschiedlicher Partner (Einrichtungen der Jugendhilfe, Schule, Polizei u. a.) haben sowohl deeskalierende als auch infrastrukturelle Wirkungen gebracht (vgl. BÖHNISCH/ FRITZ/ SEIFERT 1997).

Basierend auf diesen allgemeinen sozialpädagogischen Handlungsstrategien wurden auch eine *Reihe konkreter Präventions- und Interventionsansätze* im Umgang mit Rechtsextremismus entwickelt und erprobt. Dazu gehören vor allem folgende Ansätze (vgl. KRAFELD 1996, MÖLLER 1996, WEIDNER/ KILB/ KREFT 1997, SCHNEIDER 1998, MECKLENBURG 1999).

Akzeptierende Jugendarbeit

Dieser Ansatz verfolgt das Ziel, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen – sowohl im übertragenen als auch im wörtlichen Sinne. Die Zielgruppe akzeptierender Jugendarbeit sind vor allem Cliques von Skinheads, Hooligans, Badboys o.ä. Da Belehrungen gegen rechte Orientierungen nicht allzu viel ausrichten können, will akzeptierende Jugendarbeit diejenigen Probleme in den Mittelpunkt stellen, die die Jugendlichen *haben*, und nicht die Probleme, die sie *machen*. Es soll klar unterschieden werden zwischen politischer Zielsetzung (z. B. den Rechtsextremismus bekämpfen) und der pädagogischen Zielsetzung (den Jugendlichen sinnvolle Deutungs- und Handlungsmuster erschließen). Während der Jugendliche als Mensch zu akzeptieren sei, werde seine rechtsextreme Haltung nicht akzeptiert, sondern kritisch thematisiert. Die Praxis zeigt allerdings, wie schwierig diese Gratwanderung ist, weshalb diese Form der Jugendarbeit in der (Fach-)Öffentlichkeit nicht unumstritten ist.

Anti-Aggressivitäts-Training

Bei diesem Ansatz handelt es sich um eine sozialpädagogische und psychologische Behandlungsmaßnahme für aggressive Jugendliche, einschließlich rechtsextreme Täter. Ziel ist die tatnahe psychosoziale Bearbeitung mit präventiven und kathartischen Wirkungen sowie die Rekonstruktion des Täter-Opfer-Bezugs. Als Methode dient die provokative Therapie, die den Teilnehmer in die Lage versetzen soll, extrem angespannte Situationen durch Argumente und nicht durch Gewalt zu entschärfen. Die Grenzen der Teilnehmer sollen ausgereizt, aber nicht überschritten

werden. Die hier praktizierte Form der konfrontativen Pädagogik ist allerdings kein Allheilmittel. Sie kann eher als eine ergänzende Methode angesehen werden, die in einen pädagogischen Prozess eingebettet werden muss.

Interkulturelle Arbeit

Interkulturelle Pädagogik, die in der multikulturellen Situation der Gesellschaft begründet ist, hat das Ziel, junge Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammenzuführen und sie zu einem friedfertigen, gleichberechtigten Zusammenleben zu befähigen. Sie versteht sich als ein „Miteinander - Voneinander - Über-sich-selbst - Lernen“ und will Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit vor allem durch Kontakte und gegenseitiges Kennenlernen (z. B. Jugendaustausch, Stadtteilinitiativen, Kulturveranstaltungen) reduzieren. So sollen durch den internationalen Jugendaustausch Verständnis und Toleranz für andere Länder und Kulturen geweckt werden und (selbst-)reflexive Lernprozesse gefördert werden. Zu den neueren Initiativen zählen u.a. Einrichtungen von antirassistischen Zusammenschlüssen, Telefonketten, Info-Büros, Antidiskriminierungszentren, öffentlichkeitswirksame Aktionen. In der Praxis stößt die interkulturelle pädagogische Arbeit mitunter auf Barrieren, dennoch dient sie aufgrund ihres visionären Charakters als eine wichtige Leitlinie pädagogischen Handelns im Sinne der Menschenrechte.

Politisch-historische Bildung

Ziel der Bildungsarbeit ist die politische Sensibilisierung und Aufklärung über die jüngste deutsche Geschichte, insbesondere über die Zeit des Nationalsozialismus. Adressaten sind insbesondere die Jugendlichen, die noch wenig über den Nationalsozialismus, rechte Organisationen und deren Absichten wissen. Dabei werden unterschiedliche Arbeitsformen praktiziert: Die politische Unterrichtung beschränkt sich weitgehend auf unterrichtsähnliches Lernen bzw. Seminararbeit auf der Grundlage didaktisch aufbereiteter Bildungseinheiten. Durch Besuche ehemaliger Konzentrationslager und durch Gedenkstättenarbeit soll eine politisch-historische Aufklärung erfolgen, Betroffenheit erzeugt und eine aus der Vergangenheit resultierende Verantwortung für gegenwärtige Prozesse entwickelt werden. In „oral history“-Projekten erforschen die Jugendlichen selbst (z. B. durch Interviews mit Zeitzeugen, Archivarbeit, Fotodokumentationen) die konkrete jüngere, lokale oder regionale Geschichte. Die Stärken dieser Arbeitsformen liegen zweifellos

im präventiven Bereich, gerade bei rechtsextremen Jugendlichen sind z. T. auch gegenteilige Wirkungen zu beobachten. Wie das Beispiel der DDR außerdem gezeigt hat, ist ein rein „verordneter Antifaschismus“ gegen Rechtsextremismus wenig hilfreich. Hinzu kommt, dass die antifaschistische Arbeit im Osten Deutschlands z. T. diskreditiert ist, so dass dieser Ansatz in den neuen Bundesländern auf größere Vorbehalte stößt.

Geschlechtsspezifische Ansätze

Da Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt überwiegend ein Jungen- bzw. Männerphänomen ist, muss eine präventive Jugendarbeit vor allem bei der Arbeit mit Jungen bzw. jungen Männern ansetzen. Ziel ist es, die vorherrschenden Männerrollen und männlichen Identitätsbezüge in Frage zu stellen und längerfristig zu verändern. Geschlechtsreflektierende Jungenarbeit bedeutet, Jungen alternative Vorstellungen von Männlichkeit zu vermitteln, sie Erfahrungen mit anderen Körperkonzepten machen zu lassen und die Entwicklung von Beziehungsfähigkeit zu fördern. Eine ständige Aufgabe ist es dabei, die Interaktionen zwischen Jungen und Mädchen zu reflektieren, geschlechtsspezifische Ausdrucksformen von Aggression und Gewalt zu berücksichtigen und ggf. gezielt Jugendarbeit in geschlechtshomogenen Gruppen zu organisieren. Da auch Mädchen – wenngleich in bedeutend geringerem Maße und auf z.T. andere Art und Weise – in Rechtsextremismus verstrickt sind, wird neben einer spezifischen Jungenarbeit auch eine entsprechende Mädchenarbeit für erforderlich gehalten, die allerdings nicht traditionelle Weiblichkeitsvorstellungen reaktivieren, sondern vielmehr eine Auseinandersetzung mit Geschlechtsstereotypen in den Mittelpunkt stellen sollte. Während die Forderungen nach geschlechtsspezifischer Arbeit in den letzten Jahren immer öfter erhoben wurde, ist diese in der Praxis erst in Ansätzen zu erkennen (vgl. MÖLLER 1997).

Neben den angeführten Präventions- und Interventionskonzepten spielen in der Praxis noch weitere Handlungsansätze eine Rolle, z. B. erlebnis-, abenteuer- und sportpädagogische Ansätze, freizeit- und kulturpädagogische Ansätze, Fan-Projekte, der Täter-Opfer-Ausgleich, gewalttherapeutische Ansätze oder Formen der Schulsozialarbeit. Auch im außerschulischen Bereich gibt es somit eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus – es kommt aber darauf an,

diese mehr und besser in der praktischen Jugendarbeit zu nutzen.

Resümee

In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe interessanter pädagogischer Konzepte gegen Rechtsextremismus entwickelt, die auf modernen (sozial-)pädagogischen Prinzipien beruhen, wie der Orientierung an der Lebenswelt, den Erfahrungen und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit und der demokratischen Partizipation. Mit Hilfe spezieller Ansätze (z. B. „Akzeptierende Jugendarbeit“) wurde sich auch mehr den rechtsextremen Jugendlichen zugewandt. Den Fortschritten auf der Konzeptebene steht allerdings die mangelnde Kontinuität und Kurzatmigkeit der praktischen pädagogische Arbeit gegenüber, so dass eine deutliche Theorie-Praxis-Lücke klafft und die Praxis hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Konzepte gegen Rechtsextremismus gibt es genügend, doch es fehlt an finanziellen und personellen Ressourcen, diese auch professionell umzusetzen. Die konjunkturellen Rechtsextremismus-Debatten machen die diesbezüglichen Versäumnisse nur umso schmerzlicher bewusst. Die Sensibilität und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer kontinuierlichen und offensiven Jugendarbeit und Jugendpolitik ist in der Gesellschaft offenkundig nicht genügend entwickelt. Dies trifft im verstärkten Maße für die neuen Bundesländer zu, für die – aufgrund größerer sozialer Problemlagen – ein besonderer Förderbedarf für Jugendliche angenommen werden kann. Auch für die Rechtsextremismus-Problematik gilt, dass Jugend als Seismograph der Gesellschaft fungiert, indem sie vor allem *die* Probleme ausagiert, die der Erwachsenengesellschaft innewohnen.

Literatur:

- Böhnisch, Lothar/ Fritz, Karsten/ Seifert, Thomas (Hrsg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Die wissenschaftliche Begleitung. Band 2, Münster.
- Butterwegge, Christoph: (1996) Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt.
- Butterwegge, Christoph/ Lohmann, Georg (Hrsg.) (2000): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Opladen.
- Büttner, Manfred (Hrsg.) (1999): Braune Saat in jungen Köpfen, 2 Bände, Hohengehren.
- Dünkel, Frieder/ Geng, Bernd (Hrsg.) (1999): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach.
- Falter, Jürgen, W./ Jaschke, Hans-Gerd/ Winkler, Jürgen R. (Hrsg.) (1996): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen.
- Krafeld, Franz Josef/ Möller, Kurt/ Müller, Andrea (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven, Bremen.
- Krafeld, Franz Josef (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit, Opladen.
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.) (1999): Was tun gegen Rechts, Berlin.
- Möller, Kurt: Pädagogische Strategien im Umgang mit rechtsextremistischen Orientierungen, in: Brenner, Gerd/ Hafenegger, Benno (1996): Pädagogik mit Jugendlichen, Weinheim, München, S. 159-171.
- Möller, Kurt (Hrsg.) (1997): Nur Macher und Macho? Geschlechtsreflektierende Jungen- und Männerarbeit, Weinheim, München.
- Möller, Kurt/ Schiele, Siegfried (Hrsg.) (1996): Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung, Schwalbach.
- Schneider, Helmut: Jugend und Rechtsextremismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien. Ein Literaturbericht, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (1998): Literaturreport 1998, München, S. 5-189.
- Schubarth, Wilfried (1998): Jugendprobleme in den Medien. Zur öffentlichen Thematisierung von Jugend am Beispiel des Diskurses zur "Jugendgewalt", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 31, S. 29-36.
- Schubarth, Wilfried (2000): Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe.

Theoretische Grundlagen – Empirische Ergebnisse – Praxismodelle, Neuwied/
Kriftel.

- Schubarth, Wilfried/ Stöss, Richard (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen.
- Simsa, Christiane/ Schubarth, Wilfried (Hrsg.) (2001): Konfliktmanagement an Schulen, Frankfurt a. M.
- Vahsen, Friedhelm u.a. (1994): Jugendarbeit zwischen Gewalt und Rechtsextremismus. Darstellung und Analyse aktueller Handlungsansätze, Hildesheim.
- Weidner, Jens/ Kilb, Rainer/ Kreft, Dieter (Hrsg.) (1997): Gewalt im Griff. Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings, Weinheim, Basel, S. 20-42.
- Widmann, Peter/ Erb, Rainer/ Benz, Wolfgang (Hrsg.) (1999): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin.